

Politischer Angehörigentag am 11. Oktober in Fulda

Ausgesprochen lebendig ging es beim 2. Angehörigentag am 10. Oktober 2014 in Fulda zu. Eingeladen waren die behindertenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen; gekommen waren für die CDU/CSU-Fraktion der behindertenpolitische Sprecher Herr Uwe Schummer, für die SPD-Fraktion der behindertenpolitische Sprecher Herr Martin Rosemann und für die Linken der inklusivenpolitische Sprecher im Thüringer Landtag Herr Maik Nothnagel; leider hatten sich die "Grünen" entschuldigt. Im Mittelpunkt stand das kommende Bundesteilhabegesetz; angesprochen wurden auch Themen aus dem Pflege- und Gesundheitsbereich.

Nach der Einstimmung durch die Sprecherin Frau Linder zum für das Bundesteilhabegesetz so passende Motto „Geduld“, stellte sich der neue Vorsitzende des BeB Herr Mletzko eindrücklich mit einem Referat zum Thema vor. Grundlage seiner Aussagen waren die Inhalte der "Bad Kreuznacher Erklärung" (*ggf. [auf die Seite mit der Erklärung verweisen](#)), die auf der Mitgliederversammlung des BeB verabschiedet worden waren. Herr Mletzko betonte die Chance im Bundesleistungsgesetz den Begriff von „Behinderung“ neu zu definieren, entsprechend der in der UN-BRK grundlegende Sichtweise von Behinderung: weg von den Defiziten, hin zu Fähigkeiten und Leistungsvermögen von behinderten Menschen. Der BeB fühle sich "aktiv verpflichtet", auf dem Weg in Barrierefreiheit, neuen flexiblen Entwicklungen in den WfbM, auf dem Arbeitsmarkt und beim Wohnen. Sein Appell an die Politiker, Zeitpläne einzuhalten und Aussagen umzusetzen, mündet auch in die Forderung der finanziellen Beteiligung des Bundes und eines angemessenen Ausgleichs für die hohe Steigerungsrate (+95%) der zu versorgenden Berechtigten und volle Berücksichtigung von Tarifierhöhungen. Soziale Teilhabe erfordere u.a. weiteren Ausbau des Sozialraums, der Infrastruktur, des Einsatzes von "einfacher Sprache" usw.. In der seit Juni 2014 bestehenden Expertenkommission vertritt Herr Conty die fünf Fachverbände.

Weitere Forderungen zu den Inhalten eines Bundesleistungsgesetzes fassten auch die beiden Beiräte des BeB in einer gemeinsamen Erklärung (* ggf. [Verweis auf Abdruck](#)) zusammen. Dieses Papier wurde von den Sprechern Frau Linder und Herrn Dahmann demonstrativ den anwesenden Politikern überreicht.

In den Statements der Politiker betonte MdB Herr Schummer, dass das Bundesteilhabegesetz die Rechte behinderter Menschen stärken soll. Die soziale Teilhabe wird sich durch das Gesetz deutlich verbessern lassen. Er zeigte den Werdegang des Gesetzes auf, das sich bis 2015 in der Phase des Austausches und der Diskussion befindet, in der Verbände und Beteiligte miteinbezogen werden. 2016 wird die Eckpunkteentwicklung mit allen föderalen Gremien und Gruppen und in der Fraktion erfolgen, bevor die Schlussberatung und die Einbeziehung der Länderkammer stattfindet. Verabschiedung könnte 2017, finanzieller Ausgleich für die Länder von etwa 5 Mrd. wird erst 2018 möglich sein.

Herr Rosemann von der SPD bestätigte dieses Vorgehen und erläuterte, dass die UN-BRK noch nicht im nationalen Recht verankert, also einklagbar ist. Höheres Gewicht habe bei der Erarbeitung Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Wesentlich sei die Herausnahme des Teilhaberechts aus der Sozialhilfe, um so eine

vermögens- und einkommensunabhängige Ausgestaltung zu ermöglichen. Gegebenenfalls wird es ein schrittweises Vorgehen geben, wichtig sei in jedem Fall, dass „das Geld dem Menschen folgt“ und nicht umgekehrt.

Herr Nothnagel von den Linken sprach von der "ewigen Geschichte", die sich jetzt in der 3. Legislaturperiode befände, dennoch soll es kein Bundesteilhabegesetz "light" geben. Der Paradigmenwechsel in der Eingliederungshilfe ist überfällig. Das Behindertengleichstellungsgesetz muss endlich novelliert werden. Weitere Sozialgesetze müssen zusammengeführt und entsprechend einbezogen werden. Die Diskriminierung durch den Wahlrechtsausschluss muss abgeschafft werden.

In dem folgenden lebhaften Austausch kam fast das gesamte behindertenpolitische Spektrum zur Sprache: Pflegestärkungsgesetz, Werkstattfähigkeit, Nachteilsausgleich, Personalmangel, Finanzierungsvorbehalt, Ghettovermeidung, einheitliche Bedarfsermittlung sind nur einige Schlagwörter.

Herr Schummer hob hervor, dass neue Ideen im Arbeitsbereich notwendig würden, die eine erhöhte Flexibilität der WfbM erforderlich machten; Assistenzleistungen hier wie auch im Gesundheitsbereich müssten ausgebaut werden.

Zum Problem der Fördergruppen in den WfbM meinte Herr Rosemann, dass eine Annäherung in der Tagesstruktur möglich sei, um Abgrenzung zu vermeiden. Alle behinderten Menschen sollten so viel Unterstützung erhalten, dass sie in der Mitte der Gesellschaft leben könnten. Beim Feststellungsverfahren sei Einheitlichkeit notwendig, aber individuelle Betrachtung der Kriterien angesagt.

Diskussionen gab es bei den Überlegungen zur Finanzierung, wurde doch der Mangel an Personal und Ausstattung in der jetzigen Situation dem Mehraufwand durch inklusive Maßnahmen gegenübergestellt und betont, dass Ambulantisierung nicht zwangsläufig eine Verbesserung darstelle. Die Aussagen der Politiker hierzu reichten von "Mehrkosten durch Reichensteuer decken" (Herr Nothnagel) bis zur Aussage, dass es wohl anfangs zu einem finanziellen Mehrbedarf kommen, schlussendlich aber keine Kostenerhöhung geben werde.

Der Austausch und die Gespräche gingen bis in den Nachmittag hinein weiter, da Herr Rosemann und Herr Nothnagel noch bleiben konnten. So kamen auch noch die Unausgewogenheiten bei der Entschädigung durch die Heimerziehungsfonds (Ausschluss von Behinderten) zur Sprache. Insgesamt gab die Veranstaltung einen guten Einblick in die Komplexität des Vorhabens "Bundesteilhabegesetz", wenn auch viele Detailprobleme nur angerissen werden konnten. Besonders erfreulich war die rege und kritische Beteiligung der Teilnehmer.

Frau Linder beschloss den Angehörigentag mit einem Ausblick auf die nächste Zusammenkunft am 18. April 2015 in Fulda, wo dann Pflege und Gesundheit und das neue Pflegestärkungsgesetz im Mittelpunkt stehen werden.

Wolfgang Hamberger